

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
34. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 31.03.2009 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:48

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Peter Bartz
Stv. Heinz Bogatzki
Stv. Anette Braun-Kohl
Stv. Harald Giebels
Stv. Wolfgang Goeken
Stv. Marlies Goetze
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Meike Lukat
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Hildegard Treis
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Jürgen Boes
Stv. Walter Drennhaus
Stv. Ute Dörr
Stv. Jörg Dürr
Stv. Heinz Glauflügel
Stv. Marion Klaus
Stv. Michael Petersen
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Bernd Stracke
Stv. Heinrich Wolfesperger
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel
Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert

Stv. Patrick Sobbe
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack

UWG-Fraktion

Stv. Veli Malovic

Verwaltung

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld
Beigeordnete/r Dagmar Formella
Herr Bernd Küper
Herr Günter Opfer
Herr Michael Rennert
Herr Wilhelm Terhardt
Herr Klaus-Jürgen Vogt
Herr Wolfgang Voos

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 34. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Bgm. vom Bover macht darauf aufmerksam, dass Teile des TOPs 7 in die Beratungen des Stellenplans integriert seien. Auch die vom Schul- und Sportausschuss an den Rat zurückverwiesenen Beratungen zum Antrag „Förderung Ittetal“ seien in die 3. Ergänzung zur Haushaltsvorlage 20/008/2009 eingearbeitet worden und damit dieserhalb bereits berücksichtigt. Zu ergänzen sei die Tagesordnung um den TOP 14.1 „Bahnhöfe im Stadtgebiet“. Er erwähnt, dass der Verwaltung ein Antrag auf Dringlichkeitsentscheidung des Herrn Schniewind bzgl. dessen Bürgerantrages auf Aussetzung der Grünen Welle auf der B 228 vorliege und fragt, ob der Rat das Votum des HFA unterstütze und eine Beratung im PIUVA vom 21.4. für ausreichend halte oder ob dieser die Dringlichkeit sehe, die heutige Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Einvernehmlich ergeht die Bekundung, der Rat unterstütze die Auffassung des HFA und sehe in dieser Sache keine höhere Dringlichkeit. Abschließend weist er darauf hin, dass in der Empfehlungsliste im Beschluss zu TOP 6, die Einstimmigkeit im Kulturausschuss und nicht im HFA festgestellt werden konnte.

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

2./ Bürgerantrag- Gebühren Stadtranderholung Vorlage: 51/019/2009

Abstimmungsergebnis:

35 Ja- und 3 Nein-Stimmen

Beschluss:

„Der Bürgerantrag nach § 24 GO NRW i.V.m. § 11 der Hauptsatzung der Stadt Haan des Herrn Klaus Negro, Turnstr. 37, ohne Datum, (Anlage 1) eingegangen am 10.11.2008, wird abgewiesen.“

1. Die Richtlinien über die Höhe von Teilnehmerbeiträgen für die örtliche Ferienmassnahme „Stadtranderholung“ werden wie folgt geändert:

Teilnehmerbeitrag (€)

<u>Jahreseinkommen</u>	<u>1. Kind</u>	<u>2. Kind</u>	<u>3. Kind (und weitere)</u>
über 75.000	300,00	260,00	220,00
bis 75.000	280,00	240,00	200,00
bis 62.000	260,00	220,00	180,00
bis 50.000	240,00	200,00	160,00
bis 37.000	180,00	140,00	100,00
bis 25.000	90,00	60,00	45,00
bis 12.300	50,00	35,00	25,00
Betragsbefreiung (bei Bezug von Öffentlicher Hilfe zum Lebensunterhalt)	-----	-----	-----

2. Die Änderung der Richtlinien tritt am 01.01.2010 in Kraft.“

3./ Etatberatung des Jugendamtes 2009
Vorlage: 51/027/2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Der Haushalt 2009 – Etat des Jugendamtes – wird

a) unter Einbeziehung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses vom 10.03.2009 hinsichtlich des Zuschusses für das Projekt Kipkel (Aufstockung des Zuschusses um 1.500 € auf 5.000 €) bei Produkt 060310 ab 2009,

b) unter Berücksichtigung der Änderungen aus der Vorlage 20/008/2009 (siehe

Produkte 060110 und 060120),

c) unter Ausklammerung des in der Vorlage 20/008/2009 unter Produkt 060110 aufgeführten freiwilligen Zuschusses an die Private Kindergruppe Haan e.V. in Höhe von 100.000 € jährlich für die Jahre 2009 – 2012

d) unter Berücksichtigung der zusätzlichen Veranschlagung bei Produkt 060210 von 4.000 € (insgesamt 5.000 €) für das Jugendparlament und 2.000 € für die aufsuchende Jugendarbeit, jeweils Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, ab 2009,

e) unter Einbeziehung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses vom 10.03.2009 über die Etatisierung eines freiwilligen Zuschusses für die Private Kindergruppe Haan e.V. in Höhe von 100.000 € jährlich für die Jahre 2009-2010 bei Produkt 060110 – der Zuschuss ist mit einem Sperrvermerk zu versehen – beschlossen.“

3.1. Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2009

/ Vorlage: 10/016/2009

Protokoll:

Stv. Wetterau schickt vorweg, der Arbeitskreis Personal und Organisation habe sich eingehend mit dem vorgelegten Stellenplan der Verwaltung beschäftigt. Dabei habe die Verwaltung plausibel darlegen können, dass die Tarifierhöhungen für einen Großteil der Personalkostensteigerungen verantwortlich seien. Es sei einhellige Meinung des Arbeitskreises, die Personalstrukturen der Verwaltung in mittel- bis langfristiger Sicht maßvoll anpassen zu müssen. Für eine detailliertere Betrachtung fehle bislang aber noch der Bericht des Gemeindeprüfungsamtes. Die Anhebungen der Stellen 40-2 und 32-1 müsse die Verwaltung dem Arbeitskreis aber noch einmal erläutern und sollten daher beim heutigen Beschluss ausdrücklich ausgeklammert werden.

Stv. Pohler verkennt ebenfalls nicht, dass eine Neustrukturierung erforderlich sei und hofft ab 2010 auf einen Stellenplan auf neuer Basis. Er beantrage, die von der Haupt- und Realschule am Schulzentrum Walder Straße beantragte Stelle des Schulsozialpädagogen sowie einen Klimaschutzbeauftragten gemäß TOP 12 der heutigen Tagesordnung in den Stellenplan aufzunehmen.

Stv. Lemke erklärt für die CDU-Fraktion, die Einstellung eines Schulsozialpädagogen werde unter der Prämisse unterstützt, dass die Stelle auf zwei Jahre befristet und mit einem ku-Vermerk versehen werde. Er erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach Rückkehrern aus der ARGE.

Bgo. Formella erläutert, es lägen entsprechende Anträge vor.

Stv. Sack meint, die sich verändernden Schullandschaften erforderten neue Maßnahmen und so sei die Einstellung eines Schulsozialpädagogen ein sinnvoller Modernisierungsversuch. Den Bedarf der Grundschule Bollenberg, die einen gleichlautenden Antrag eingereicht hatte, möchte er im Schul- und Sportausschuss separat beraten.

Stv. Ruppert weist darauf hin, dass die Personalkosten seit Jahren den größten Ausgabenblock des städtischen Haushaltes darstellten. Die 6%ige Steigerung allein im laufenden Jahr gebe aber Anlass zur Sorge, dass der Haushalt bald aus dem Ruder laufen könne. Er wiederholt den Antrag der FDP-Fraktion, künftig einen mehrjährigen Stellenplan vorzulegen. Zugleich möchte er eine Resolution verabschieden, nach der die Personalkostenansätze von der Verwaltung nicht bloß als Leitlinie sondern vielmehr als oberste Grenze angesehen werden.

Stv. Pohler warnt ausdrücklich davor, an dieser sensiblen Stelle zu sparen, die Arbeit der Schulen müsse unterstützt werden.

Stv. Stracke ist gegen eine Befristung der Stelle des Schulsozialpädagogen. Es sei eine sehr unangenehme Situation für die Verwaltung, wenn sich dauernd Mitarbeiter mit befristeten Verträgen verabschiedeten, sobald sie anderswo eine unbefristete Tätigkeit aufnehmen könnten. Gerade diese Personen sollten als Ansprechpartner fungieren, die das Vertrauen ihrer Klienten gewinnen müssten. Dies sei in kurzer Zeit nicht gut möglich. Auch leide die Kontinuität und Qualität der Arbeit unter den häufigen Wechseln. Der Antrag der Schulen sei als Hilferuf zu verstehen.

Stv. Dr. Gräßler möchte das Gymnasium von Anbeginn mitberücksichtigt wissen.

Bgm. vom Bover stellt dar, es sei nicht hinreichend geklärt, ob es sich um eine Landes- oder Gemeindegeldsache handle. Insgesamt halte er diesen Antrag des Schulzentrums nicht für ausreichend beraten, die finanzielle Bindung der Stadt sei ganz erheblich und müsse dem gewissenhaft gegenüber gestellt werden. Sollte man dann zu dem Ergebnis kommen, diese Stelle sei erforderlich, könne sie ggfls. über den Nachtragsstellenplan immer noch in den Haushalt kommen.

Stv. Pohler meint, diese Leistung müsse sonst von den Lehrern aufgefangen werden, die bereits genug zu tun hätten und hierfür nicht ausgebildet seien. Dies sei nicht im Sinne einer hohen Unterrichtsqualität.

Stv. Sack hält den Antrag des Schulzentrums für gut begründet und den Sachstand für eine altbekannte Tatsache.

Auch **Stv. Malovic** möchte nicht weiter mit dem Beschluss warten.

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Stelle eines Schulsozialpädagogen für das Schulzentrum Walder Straße unbefristet einzurichten, wird mit 15 Ja- und 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag der CDU-Fraktion, die Stelle eines Schulsozialpädagogen für das Schulzentrum Walder Straße befristet für 2 Jahre mit einem ku-Vermerk einzurichten, wird mit 20 Ja-Stimmen bei 18 Enthaltungen zugestimmt.

Stv. Pohler ist der Meinung, der Resolutionsantrag der FDP-Fraktion, wonach Personalkostenansätze für die Verwaltung als bindende Obergrenze anzusehen seien, könne nur zur Kenntnis genommen werden und als Maxime des Handelns in den Arbeitskreis für Personal und Organisation weitergegeben werden.

Stv. Lukat bekräftigt, eine solche Deckelung stelle wegen der nicht zu beeinflussenden Tarifierhöhungen eine Problematik dar.

Einvernehmlich wird dem Arbeitskreis für Personal und Organisation zur Maxime des Handelns auferlegt, die Personalkostenansätze als Obergrenze anzusehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf sowie den in der heutigen Sitzung gefassten Beschlüssen verabschiedet. Die Anhebungen der Stellen 40-2 und 32-1 werden zunächst zurückgestellt und im Arbeitskreis Personal und Organisation erneut beraten.“

3.2. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen / Vorlage: 20/008/2009

Protokoll:

Bgo. Formella erklärt, dass die Beratungen zur Verwendbarkeit der Mittel des Konjunkturpaketes II würden zu für das Projekt Mensa / Ganztags am Schulzentrum gegebener Zeit mit den Fraktionsvorsitzenden durchgeführt würden. Die Mittel seien eingeplant worden, das Raumnutzungs- und Funktionskonzept seien noch durch den Rat freizugeben.

Stv. Lemke verweist auf den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion, der in der Folge einzeln beraten und abgestimmt wird:

zu Produkt 020410

Mit 23 Ja- und 11 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen beschließt der Rat, die Anschaffung des Fahrzeuges durch die Feuerwehr in 2011 im Wert von ca. 270.000 € von 2011 auf 2012 zu verschieben und die nächste Anschaffung entsprechend auf 2013 zu verschieben.

Mit 24 Ja- und 12 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschließt der Rat, die geplanten Um-, Erweiterungs- und Einrichtungskosten für die Feuer- und Rettungswache Nordstraße in der Gesamthöhe von 7.047,5 T € festzuschreiben und somit nach oben zu begrenzen.

zu Produkt 030120

Mit 23 Ja- und 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschließt der Rat, die geplanten Kosten für den Neubau und die Einrichtung der Grundschule Mittelhaan einschließlich des Musikschulbereiches in der Gesamthöhe von 7.960,0 T € festzuschreiben und somit nach oben zu begrenzen.

zu Produkt 030130

Einstimmig beschließt der Rat, den Neubau des Pavillons der Grundschule Don-Bosco in Massivbauweise als Ersatzbau (ca. 300,0 T €) unverändert im Haushalt zu belassen. Da die Aufstockung von ca. 350.000 € nicht aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II finanziert werden könne, werden diese Kosten neu im Haushalt aufgenommen.

zu Produkt 030150

Stv. Lemke stellt klar, die 800.000 € für das Jahr 2010 würden als Verpflichtungsermächtigung beantragt.

Bgo. Formella bestätigt, dass die vorgesehene Maßnahme nicht energetisch prägend sei und somit nicht aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II finanziert werden könne.

Die Fragen nach Fördermöglichkeiten durch das Land seien alle negativ beschieden worden.

Einstimmig beschließt der Rat, der Ausbau der Grundschule Gruiten für eine weitere OGS-Klasse sei ein Neubau und daher nicht energetisch prägend. Nach heutigem Stand könne eine Finanzierung aus dem Konjunkturpaket nicht vorgenommen werden. Die Maßnahme werde somit über den Haushalt finanziert. Die Gesamtkosten betragen 900.000 €, und zwar 100.000 € für das Jahr 2009 und 800.000 € als Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2010.

zu Produkt 10040

Stv. Pohler wendet sich gegen die beantragte Verschiebung dieser Maßnahme. Die Wohnumfeldsituation verlange nach sofortiger Bearbeitung, um ein besseres Miteinander der Nachbarn zu fördern. Er fragt, wie die Verwaltung zu dieser Maßnahme stehe?

Bgm. vom Bovert räumt ein, der Verwaltungsvorstand habe sich hierzu noch keine abschließende Meinung gebildet.

Bgo. Formella kündigt eine kontinuierliche Berichterstattung zum Betreuungsmanagement an.

Stv. Stracke beharrt auf der gültigen Beschlusslage, die menschenunwürdigen Verhältnisse im Heidfeld zu beenden. In Zeiten knapper Kassen werde immer versucht auf Kosten derer zu sparen, die keine Lobby hätten.

Mit 27 Ja- und 11 Nein-Stimmen beschließt der Rat, den Planungsbeginn und somit die Planungskosten für die neue Obdachlosenunterkunft (Baukosten 1,2 Mio. €) um ein Jahr von 2011 nach 2012 zu verschieben. Die Investition falle somit aus dem Finanzplan bis 2012.

zu Produkt 011200

Stv. Holberg begründet diesen Antrag mit der gedrosselten konjunkturellen Entwicklung, welche die Unternehmen vorsichtiger werden lasse. Man habe konkret Bedenken, alle Flächen bald veräußern zu können. Die Maßnahme Sportanlage Windfoche solle unverändert im Investitionsprogramm bleiben.

Stv. Malovic möchte die Entscheidung über das Gewerbegebiet dem neuen Rat überlassen.

Mit 36 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung beschließt der Rat, den Grunderwerb für den 2. Bauabschnitt des Gewerbegebietes Champagne² (4.600.000 €) auf das Jahr 2013 zu verschieben. Wegen der Planung der Verlagerung des Sportplatzes sei ein Kanalanschluss an den 1. Bauabschnitt herzustellen. Neben den geplanten Vorbereitungskosten in Höhe von 300.000 € in 2009 sei noch ein Betrag für evtl. Grundstücksankäufe und das Kanalnetz in den Folgejahren zu berücksichtigen (ca. 800.000 €). Die Verwaltung wird ermächtigt, die Verteilung der Mittel auf den Straßen- und Kanalbau entsprechend dem Bedarf vorzunehmen.

Einstimmig beschließt der Rat weiterhin, den Grunderwerb (500.000 €) für das interkommunale Gewerbegebiet Haan-Ost / Fürkeltrath aus der Finanzplanung herauszunehmen. Die konjunkturelle Entwicklung lasse derzeit keine schnelle Lösung realistisch erscheinen.

Im Folgenden werden die Anträge der Parteien aus der 2. Ergänzung zur Vorlage 20/008/2009 abgearbeitet:

zu Produkt 010400

Einstimmig beschließt der Rat die Erhöhung des Ansatzes für Projekte und Aufwand der Gleichstellungsbeauftragten von 800 € auf 2.500 € von 2009 bis 2012.

zu Produkt 050110

Stv. Pohler verdeutlicht, im Jahre 2009 die 800 € und in den kommenden Jahren bis 2012 die 500 € geben zu wollen und begründet dies mit zahlreichen Veranstaltungen im laufenden Jahr.

Einstimmig beschließt der Rat die Erhöhung des Zuschusses an das Blaue Kreuz Deutschland e.V. – Begegnungsgruppe Haan – von 233 € auf 800 € in 2009 und von 233 € auf jeweils 500 € in den Jahren 2010-2012.

Einstimmig beschließt der Rat die Erhöhung des Zuschusses an den Sozialdienst katholischer Frauen und Männer e.V. für das Projekt „Haaner Tafel“ von 2.000 € auf

4.000 € jährlich bis 2012.

zu Produkt 040400

Einstimmig beschließt der Rat die Erhöhung des Zuschusses an die Musik ausübenden Vereine von 3.500 € auf 5.000 € jährlich bis 2012. (**Stv. Lemke** hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen)

zu Produkt 120120

Stv. Lemke regt eine Werbeflächenvermietung an.

Einstimmig beschließt der Rat die Fortsetzung des Buswartehäuschen-Investitionsprogrammes mit 6.000 € jährlich bis 2014.

Der Antrag der AWO auf Erhöhung des Zuschusses für den Seniorentreff sei von dieser noch nicht quantifiziert worden. Auf Vorschlag von **Bgo. Formella** solle der nächste Sozialausschuss eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für ein Jahr beschließen. Hierzu wird Einvernehmen festgestellt.

Stv. Lemke beantragt für die CDU-Fraktion, 150.000 € für die Dachsanierung des Bürgerhauses Gruiten in den Haushalt einzustellen.

Stv. Wolfsperger stimmt zu und fragt die Verwaltung, ob eine solche Dachsanierung das gesamte Dach betreffe.

Bgo. Buckesfeld erklärt, dass nach Durchführung einer Kostenschätzung hierzu zu gegebener Zeit eine weitere Info an die Fraktionen erfolge.

Stv. Ruppert gibt zu bedenken, dass die Nutzung des Bürgerhauses immer eingeschränkt bleiben werde und fordert die Suche nach besseren Lösungen. So lange dies nicht erfolgt sei, lehne die FDP-Fraktion diesen Antrag ab.

Stv. Pohler gibt zu Protokoll, für bessere Lösungen fehle es an den nötigen finanziellen Mitteln.

Bgm. vom Bover vertritt die Auffassung, es handele sich um einen Schnellschuss ohne substanziellen Inhalt, dem er nicht zustimmen könne.

Stv. Lemke entgegnet, es sei schon viel zu lange nur über das Bürgerhaus geredet worden, es sei Zeit für Taten.

Mit 28 Ja- und 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen beschließt der Rat, 150.000 € für die Dachsanierung des Bürgerhauses Gruiten in den Haushalt 2009 einzustellen.

Stv. Lemke möchte wissen, ob für die Sporthalle am Gymnasium voraussichtlich Mittel aus dem Konjunkturpaket II verwendbar seien.

Bgo. Formella erläutert, voraussichtlich förderungsfähig seien Maßnahmen des Bildungsbereiches und solche Gebäudemaßnahmen die prägend energetisch seien.

Stv. Malovic schlägt vor, die Sporthalle an die Mensa anzubauen.

Bgo. Buckesfeld erklärt, alle gebäudewirtschaftlichen Kennzahlen ergäben, dass ein Neubau der Sporthalle teurer als die reine Sanierung sei.

Der Bürgerantrag zur finanziellen Unterstützung des Fördervereins Ittertall wird einstimmig abgelehnt.

Stv. Pohler berichtet, aus den Beratungen des Schul- und Sportausschusses sei ein Prüfauftrag an die Verwaltung ergangen, inwieweit ein Kredit zur Anschubfinanzierung hätte gewährt werden können, weil die Freizeitanlage Ittertall als wichtige Einrichtung auch für die Bürger Haans gesehen worden sei. Lt. Auskunft der Verwaltung sei keine Kreditgabe oder Bürgschaft möglich. Weil auch unklar sei, wie die Stadt Solingen sich finanziell verhalte, auf deren Stadtgebiet sich die Freizeitanlage befindet, könne dem Verein nur mit Rat zur Seite gestanden werden.

Einstimmig beschließt der Rat die Einrichtung einer Mensa und die Sanierungsmaßnahmen am Schulzentrum Walder Straße gemäß Vorlage 65/010/2008.

Es folgen die Haushaltsreden der CDU-Fraktion durch **Stv. Lemke** (Anlage 1), der SPD-Fraktion durch **Stv. Pohler** (Anlage 2), der FDP-Fraktion durch **Stv. Ruppert** (Anlage 3), der GAL-Fraktion durch **Stv. Lerch** (Anlage 4) und der UWG-Fraktion durch **Stv. Malovic** (Anlage 5).

Bgm. vom Bovert berichtet, über 80 % der Entscheidungen in der laufenden Legislaturperiode seien einstimmig gewesen. Insgesamt seien die Haushaltsberatungen aus seiner Sicht qualitativ immer besser geworden. Die Verwaltung sei moderner geworden (Mitarbeitermotivation, Nachwuchskräftebildung) und arbeite effizienter. Er danke Ratsmitgliedern und Verwaltung für die bisherige Zusammenarbeit.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen wird in der Fassung beschlossen, die sich aus dem Verwaltungsentwurf unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge aus der Sitzungsvorlage HFA / 20 / 008 / 2009 einschließlich Ergänzungen - Haushalt 2009 - und den Beratungsergebnissen des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.03.2009 / 24.03.2009 sowie der Ratssitzung vom 31.03.2009 ergibt.“

**4./ Satzung der Stadt Haan über die 5. Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Friedhof in Haan
Vorlage: 60/009/2009**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung, Kalkulationszeitraum 2009 für den Waldfriedhof wird beschlossen.

Die Satzung der Stadt Haan über die 5. Änderung der Gebührensatzung für den städt. Friedhof in Haan wird beschlossen.“

**5./ Satzung der Stadt Haan über die 1. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen auf dem städtischen Waldfriedhof in Haan
Vorlage: 60/010/2009**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung der Stadt Haan über die 1. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen auf dem städtischen Waldfriedhof in Haan/Rhld., Leichlinger Straße, (Friedhofsatzung, Anlage 2) wird beschlossen.“

**6./ Änderung der Satzung über die Benutzung der Stadtbücherei Haan - Benutzung-
Vorlage: 40/017/2009**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung über die Benutzung der Stadtbücherei Haan - Benutzungsordnung - vom 27.4.2007 wird unter der Maßgabe, dass in §1 der Änderungssatzung das Wort „gesetzlichen“ dem Wort „Vertreter“ vorangestellt wird, gemäß Anlage 1 geändert.“

7./ Kinder schützen- Familien unterstützen; frühe Hilfen für Familien
Vorlage: 51/022/2009

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Angesichts des weiterhin bestehenden Beratungsbedarfes soll der Arbeitskreis Personal und Organisation erneut mit der Beratung dieses Themas befasst werden.

8./ Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2009/2010
Vorlage: 51/029/2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„1. Für das Kindergartenjahr 2009/2010 (01.08.2009 – 31.07.2010) wird als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 21 Abs. 1 Kinderbildungsgesetz beschlossen,

- a) die in Anlage 1, Beschlussvorschlag zu 1 a), aufgeführten Gruppen und Betreuungsplätze zu bilden; dies beinhaltet den Ausbau an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige um 30.
- b) die in Anlage 1, Beschlussvorschlag zu 1 b) aufgeführten Gruppen und

Betreuungsplätze zu bilden, sofern das Land der Stadt Haan weniger Betreuungsplätze für unter Dreijährige zuweist, wie unter a) aufgeführt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Landeszuschüsse nach §§ 21 und 22 Kinderbildungsgesetz fristgerecht zu beantragen. Dies beinhaltet auch die Inanspruchnahme des durch das Land zugewiesenen Kontingents von zusätzlich 5 Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege.“

9./ Sonderpädagogische Förderung an Haaner Schulen

Vorlage: 40/020/2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Der Schulträger erteilt seine Zustimmung zum gemeinsamen Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler für das Schuljahr 2009/2010.

Die entsprechende/n Grundschule/n wird/werden benannt, sobald die Schülerzahlen und die Klassenbildungen der einzelnen Grundschulen zum Schuljahr 2009/2010 endgültig feststehen.“

10./ Kommunalen Straßenbau in Haan

Vorlage: 66/006/2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Der Rat der Stadt Haan beschließt, das Straßensanierungsprogramm mit dem Maßnahmen-, Kosten- und Zeitplan nach dem Stand vom Januar 2009 im Haushalt 2009 ff. zu etatisieren.“

11./ Berichterstattung zum 10-Punkte-Klimaschutzprogramm - Antrag der GAL-Fraktion vom 09.03.2009

Protokoll:

Bgo. Buckesfeld erklärt, das Technische Dezernat habe in den vergangenen Wochen bekanntermaßen andere Prioritäten gehabt und daher zur Sitzung keine Berichte erstellen können. Er schlägt vor, diese dem Protokoll beizufügen.

Stv. Rehm moniert, es gebe einen einstimmigen Beschluss, dass ein regelmäßiges Berichtswesen zu dieser Thematik installiert werde. Seitdem sei es noch nicht zu einem Zwischenbericht gekommen. Ihm stelle sich daher die Frage, was die Verwaltung unternehme, um Beschlüsse umzusetzen. Er verweist auf seine mehr als fristgerechte Antragstellung und meint, es sei genug Zeit zur Erstellung eines Berichtes gewesen.

Bgo. Buckesfeld räumt ein, ein systematisches Berichtswesen mit entsprechenden Kennzahlen zu dieser Thematik sei in der Verwaltung noch nicht eingerichtet worden, allenfalls seien „Einzelberichte“ möglich. Weiterhin sei Dezernat III nur zum Teil zuständig gewesen, das Thema eher ein gesamtstädtisches Thema.

Bgm. vom Bover ergänzt, die Verwaltung habe die Stabstelle Kooperation hiermit beauftragt. Es sei das Ziel gewesen, eine Gesamtschau zu präsentieren und nicht bloß Teile des Berichtes. Daher schlage er nunmehr vor, die Thematik in der nächsten Sitzung des PIUVA ordnungsgemäß abzarbeiten.

Hierzu besteht Einvernehmen.

12./ Erstellung eines Klimakonzeptes für die Stadt Haan - Antrag der SPD-Fraktion vom 14.03.2009

Protokoll:

Bgm. vom Bover bedauert, dass eine Stellungnahme der Verwaltung nicht möglich war, verweist aber auch auf den nicht fristgerechten Eingang des Antrages.

Stv. Stracke erklärt, es gehe hierbei um mehr als nur Energieberatung. Lokaler Klimaschutz stehe in der Prioritätenliste ganz oben, eine Beauftragung sei lt. Antrag möglich.

StVR Vogt berichtet, es lägen detaillierte Angebote einiger Anbieter vor, über die der Verwaltungsvorstand noch nicht hinreichend beraten habe. Für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für Haan sei mit Kosten in Höhe zwischen 50.000 € und 80.000 € zu rechnen. Inbegriffen sei entsprechende Öffentlichkeitsarbeit (Workshops).

Auf Vorschlag des **Stv. Drennhaus** wird der TOP einvernehmlich in die nächste Sit-

zung des PIUVA verschoben.

13./ Resolution des Haaner Rates gegen den geplanten Kommunalwahltermin am 30.08.2009
- Antrag der GAL-Fraktion vom 10.03.2009

Protokoll:

Bgm. vom Boverl macht darauf aufmerksam, dass das Verfassungsgericht am 5. Mai diesen Jahres über diese Frage entscheiden werde. Er halte es für wenig sinnvoll, im Vorfeld dieser Entscheidung Resolutionen zu fassen und so die Fronten zu verhärten. Er fragt, ob die GAL-Fraktion unter diesen Umständen ihren Antrag aufrecht erhalten möchte.

Stv. Lerch erklärt, sie halte diese Resolution sehr wohl für sinnvoll und die GAL halte ihren Antrag aufrecht.

Stv. Ruppert beziffert die Kosten eines separaten Wahlganges mit 24.000 €. Die höhere Wahlbeteiligung sei kein Argument zur Zusammenlegung mit der Bundestagswahl, da sonst auch möglichst viele Wahlen zusammengelegt werden müssten. Auch eine Argumentation unter dem Standpunkt der Chancengleichheit halte er für sehr bedenklich.

Stv. Giebels erläutert, es sei Intention des Gesetzgebers gewesen, dauerhaft Europa- und Kommunalwahl zusammenzulegen. 7 andere Bundesländer hätten dies bereits beschlossen. Die Wahlbeteiligung soll so erhöht werden und die Chancengleichheit gewahrt bleiben. Bei einer Zusammenlegung mit der Bundestagswahl würde die Gefahr bestehen, dass der Wähler Bundes- und Landesthemen verquicke und allein nach bundespolitischen Kriterien entscheide. Kommunale Themen würden nicht mehr wahrgenommen und von Bundesthemen überlagert. Die 9.000 € Mehraufwand alle 5 Jahre seien lohnenswert, dies sollte sich jeder Rat wert sein.

Stv. Malovic erkennt in einer Zusammenlegung der Wahlen die Absicht, die Wählergemeinschaften auf lokaler Ebene zu schwächen.

Stv. Pohler schließt mit der Hoffnung, das Gericht möge den Kommunen die zusätzlichen Kosten ersparen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt mit 12 Ja- und 24 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung (**Stv. Dürr** hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen)

Beschluss:

„Der Rat der Stadt Haan fordert die Landesregierung und die Mitglieder des Landtages NRW auf, die Kommunalwahl mit der Bundestagswahl am 27.09.2009 zusammenzulegen.“

14./ Neubesetzung von Ausschüssen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die beantragten Ausschussumbesetzungen werden genehmigt.“

14. Bahnhöfe im Stadtgebiet**1./ hier: Grundsatzbeschluss zum Maßnahmenplan (Gruitener Bahnhof);
Beantragung von Fördermitteln für Infrastrukturmaßnahmen
Vorlage: 61/021/2009**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- „1. Dem Maßnahmenplan für den Gruitener Bahnhof entsprechend der Sitzungsvorlage wird zugestimmt.
2. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an den Bahnhöfen im Stadtgebiet sind Fördermittel für Infrastrukturmaßnahmen, wie in der Sitzungsvorlage aufgeführt, zu beantragen.“

15./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Greeff fragt nach neuen Erkenntnissen zum W-Lan-Netz im Sitzungssaal.

StOVR Terhardt erklärt, die Verwaltung habe bei ihren Erkundigungen festgestellt, dass dies relativ preisgünstig sicherzustellen wäre. Über die Sommerpause werde dies im Sitzungssaal installiert.

16./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Pohler berichtet von einem Besuch bei der Haaner Werbegemeinschaft. Diese starte nicht nur mit neuem Elan sondern auch unter neuem Namen: „Wir für Haan“.